IMT Nuremberg Archives

H - 4056

International Court of Justice

H4056 - 0002

D/908
GB 534

Auszug aus einem Artikel in der Zeitschrift

'DIE LAGE'

vom 23. August 1944 .

---

Seite 23,

Das Judenproblem in Ungarn.

. . . . . Es war selbstverstaendlich, dass nach dem 19. Maerz die deutschen Stellen in Ungarn alles daran setzten, um das juedische Element so rasch und so vollkommen wie nur irgend moeglich auszuschalten. In Anbetracht der Naehe der russischen Front begann man mit der Saeuberung der Nordostgebiete (Nord-Siebenbuergen und Karpatenland), wo zahlenmaessig das staerkste juedische Element war. Dann wurden in der uebrigen ungarischen Provinz die Juden gesammelt und nach Deutschland bzw. in den deutschen Machtbereich abtransportiert. 100 000 Juden blieben in den Haenden der Ungarn, um in Arbeitsbataillonen eingesetzt zu werden. Zu dem vorgesehenen Termin, dem 19. Juli, war die ungarische Provinz judenrein. Hier ist in kuerzester Zeit mit erstaunlicher Konsequenz und Schaerfe gearbeitet worden. Eine wesentliche Voraussetzung fuer das Gelingen dieser Aktion war die Tatsache, dass die Judenmassnahmen in der Mehrheit des ungarischen Volkes volle Zustimmung gefunden haben. Einschraenkend muss allerdings bemerkt werden, dass zahlreiche Juden von den Massnahmen nicht betroffen wurden, weil die ungarischen Judengesetze bei der Qualifizierung als "Jude" zugrundegelegt wurden. So sind z.B. alle Juden ausgenommen, die mit Nichtjuden verheiratet sind oder die im Weltkrieg hoehere Kriegsauszeichnungen erhalten haben. Bis zum 9. Juli waren rund 430 000 Juden aus der ungarischen Provinz den deutschen Stellen uebergeben worden. Die Uebernahme geschieht an der ungarischen Landesgrenze, bis zu der die Durchfuehrung der Judenmassnahmen und damit auch die Verantwortung dafuer bei den Ungarn liegt.

Schwierigkeiten bei dem Judenabtransport aus Budapest.

Als letzte Phase der Judenmassnahmen sollten die Juden aus Budapest abtransportiert werden. Es handelt sich dabei um rund 260 000. Mittlerweile war aber der Druck aus dem feindlichen und neutralen Ausland ( Hull, Koenig von Schweden, Schweiz, Papst) so stark geworden, dass judenfreundliche Kreise in Ungarn auf die ungarische Regierung einzuwirken versuchten, um weitere Judenmassnahmen und vor allem die Auslieferung an deutsche Stellen zu verhindern. Die zum Zwekke des Abtransportes der Juden nach Budapest beorderte ungarische Gendarmerie wurde wieder zurueckgezogen. .....

(803)

B041733

N.S.D.A.P HÖNGEN
M11 421 - G
D908

# DIE LAGE

Zentralinformationsdienst der Reichspropagandaleitung der NSDAP. und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

Herausgeber Dr. Goebbels

Folge 121 C

Berlin W 8, den 23. August 1944

Streng vertraulich!

**Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Dönitz, stellt uns den nachstehenden Beitrag über den schweren, aber erfolgreichen Kampf unserer Kriegsmarine vor der Invasionsküste zur Verfügung.**

## Invasion und Seekrieg

Die Landung an der europäischen Westküste ist dem Feind gelungen, weil er:

a) Die Luftherrschaft im Kanal besitzt.

b) Durch die Seeherrschaft die Ueberführung der Truppen, ihr Anlandbringen und die Versorgung sicherstellen konnte.

Wir stehen im Kanal der versammelten Seemacht der beiden größten Seemächte der Erde gegenüber, die mit mindestens 7 Schlachtschiffen, mehreren Monitoren, Dutzenden von schweren und leichten Kreuzern, 50 Zerstörern, zahllosen Fregatten und Korvetten sowie schließlich etwa 400 Minensuch- und Sicherungsfahrzeugen die Errichtung der Zweiten Front deckt.

Demgegenüber hatten wir am 6. 6. 44 im mittleren Kanal:

| | |
|---|---|
| 1 Torpedobootsflottille | ( 4 Torpedoboote) |
| 3 Schnellbootsflottillen | (15 Boote) |
| 1 Vorpostenflottille | ( 9 Fischdampfer) |
| 1 Artillerieträgerflottille | ( 6 Artilleriefährprähme) |

Trotz dieser ungeheuren Ueberlegenheit des Gegners haben unsere Seestreitkräfte dem ihnen erteilten Befehl letzten Einsatzes folgend

H4056 – 0003

B041734

H4056 – 0004

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
GB Exhibit 534
Filed July 30th 1946

B041935

H4056 – 0005

noch in der Invasionsnacht angegriffen. Die Torpedoboote stießen durch einen Feuerorkan schwerster Artillerie (bis zu 40,6 cm Kaliber) gegen einen Schlachtschiffsverband bis auf 6000 m vor und brachten ihre Torpedowaffe zum Einsatz. Selbst der Feind zollte diesem schneidigen Angriff Anerkennung.

Sogar die Vorpostenfischdampfer führten mit ihren wenigen 8,8-cm-Geschützen ein Artilleriegefecht gegen Schlachtschiffe.

Die Artilleriefährprähme kämpften um die kleinen Häfen der Seinebucht bis zum restlosen Aufbrauch ihrer Kampfkraft. Bis zu ihrer Ausschaltung konnte der Feind in keinen von ihnen verteidigten Hafen von See her eindringen.

Die Schnellboote griffen Nacht für Nacht die Seeverbindungen des Gegners an und erzielten über Erwarten große Erfolge.

Der Feind, in der ersten Zeit mit der defensiven Sicherung seiner Seetransporte vollauf beschäftigt, suchte durch seine Luftwaffe der gefährlichen Bedrohung durch unsere Ueberwasserstreitkräfte zu begegnen und fügte ihnen bei dem massierten Luftangriff gegen Le Havre am 15. 6. durch zahlreiche Bombenteppiche einen schweren Rückschlag zu.

Die Zuführung weiterer Seestreitkräfte aus anderen Bereichen glückte nicht, weil der Gegner die beiden Seeflanken bei Tag und Nacht durch Luft- und Seestreitkräfte so abdeckte, daß nur einige Schnellboote bis zur Seinebucht durchkamen.

Obwohl der mittlere Kanal wegen seiner Enge, der geringen Wassertiefen und der dauernden Luftüberwachung ein denkbar schlechtes Gebiet für U-Boote ist, wurden trotzdem zahlreiche U-Boote angesetzt, die unter beträchtlichen Ausfällen und Verlusten gewichtige Erfolge erzielten. Der Einsatz wird mit U-Booten verbesserter Kampfkraft fortgesetzt, weil sich den U-Booten hier ohne weiträumiges Suchen zahllose Ziele bieten.

Zur Ergänzung der Wirkung der Seestreitkräfte werden modernste Minen im Invasionsgebiet so viel wie möglich eingesetzt. Den Hauptanteil wirft die Luftwaffe, die mit den Flugzeugen die Seegebiete zu erreichen vermag, in die die Seestreitkräfte nicht vordringen können.

Um auch das letzte geeignete Mittel zum Einsatz zu bringen, werden die Kleinkampfmittel der Kriegsmarine, vor allem die Einmanntorpedos, im Invasionsraum verwandt, die die Feuertaufe beim Brückenkopf Anzio bestanden hatten.

Die Marineküstenartillerie hat zusammen mit den Heeresküstenbatterien im Feuerorkan der feindlichen Bomben und Schiffsgeschosse dem Gegner Verluste beigebracht und bis zum Letz-



B 041736

ten gekämpft. Größtenteils wurden die Batterien vom Rücken her durch feindliche Landstreitkräfte genommen.

Der für den Gegner besonders wichtige Hafen Cherbourg ging erst nach so vollständiger Zerstörung gegen feindliche Uebermacht verloren, daß er einen ganzen Monat nicht benutzbar war.

Die Kriegsmarine versenkte im Kampf gegen die Invasion bis zum 1. 8.:

8 Kreuzer
24 Zerstörer
5 S-Boote
20 Transporter und Landungsfahrzeuge;

wahrscheinlich versenkt wurden:

3 Kreuzer
5 Zerstörer
3 S-Boote
mehrere Landungsboote;

und beschädigt:

2 Schlachtschiffe
10 Kreuzer
30 Zerstörer
8 S-Boote
31 Transporter und Landungsfahrzeuge.

# Wirkungen der V1 in London

Seit der letzten Rede Churchills, in der er als Auswirkung des V 1-Beschusses 16 000 total zerstörte, 800 000 beschädigte und 600 000 in Reparatur stehende Häuser angab, hat offenbar die Zensur nachgelassen und einer Flut von Berichten Raum gegeben, die sich mit den tatsächlichen Zerstörungen und der Hemmung des normalen Lebens in London durch V 1 befassen. Die deutsche Presse bringt in ihren Veröffentlichungen ausschließlich Schilderungen aus englischer Quelle, die für sich selbst sprechen. Daraus geht eindeutig hervor, daß der V 1-Beschuß in seiner Wirkung wesentlich größer ist, als man das auf Grund der Erfahrungen, die man bei den Versuchen mit V 1 gemacht hat, ursprünglich angenommen hat. Dafür gibt auch die nachstehende Meldung aus der Schweiz einen Beweis. Die Meldung lautet:

„Zwei in der Schweiz notgelandete Amerikaner haben bei ihrer Vernehmung über die Wirkung der V 1-Waffe ausgesagt, daß man sich von den Verwüstungen durch die fliegende Bombe in London kein Bild machen



B 04/734

könne. Die Londoner Bevölkerung wäre äußerst aufgeregt darüber, daß die Regierung bisher noch kein wirksames Abwehrmittel in Aussicht stellen könne. Mit Wagen die Straßen zu befahren, sei fast ausgeschlossen wegen der zahlreichen Bombentrichter und der ungeheuren Schuttmengen. Die schweren Bombardierungen Londons im Jahre 1941 wären ein Kinderspiel gewesen gegen die Verwüstungen, die die V 1-Waffe anrichte."

## Einige Sofortmaßnahmen im totalen Krieg

**Die Wehrmacht ist an den Reichsbevollmächtigten für den totalen Kriegseinsatz, Reichsminister Dr. Goebbels, mit der Bitte herangetreten, noch im Laufe des Monats August einige Hunderttausend bisher uk.-gestellte kv.-Männer der Jahrgänge 06 und jünger für die Wehrmacht freizugeben. Der Reichsbevollmächtigte hat die Erfüllung dieser Bitte zugesagt und bei der Durchführung der zur Zeit schon im Gange befindlichen Einziehungen zum erstenmal die Partei maßgeblich beteiligt. Den einzelnen Gauen sind Aufbringungsquoten zugeteilt worden, für deren Einhaltung die Gauleiter die Verantwortung tragen. Es besteht kein Zweifel, daß durch die Initiative der Partei bereits im August die angeforderte Anzahl der Divisionen zur Aufstellung kommt, denen weitere beträchtliche Neuaufstellungen im September und Oktober folgen werden.**

*

Das Ersatzheer gibt die Masse der noch zu ihm gehörenden av.-Mannschaften an die Rüstung ab und erhält dafür Frauen, die u. a. im Nachrichtendienst und auf den Schreibstuben eingesetzt werden.

---

**Der Reichsminister der Justiz, Dr. Thierack, stellt uns nachstehenden Beitrag zur Verfügung:**

## Die Strafrechtspflege im fünften Kriegsjahr

Im fünften Kriegsjahr, in dem der Feind auf allen Fronten zum Generalsturm auf das Reich angetreten ist, die Besten unseres Volkes an der Front ihr Leben einsetzen und die Heimat mit gesammelter Kraft hinter



H4056 – 0007

B 041738

ihnen steht, hat die Strafrechtspflege mit besonderer Wachsamkeit für die saubere Haltung der inneren Front und für die Festigkeit des Gemeinschafts- und Durchhaltewillens zu sorgen. Wer sich gegen diese innere Ordnung vergeht, verdient grundsätzlich schärfere Strafen als im Frieden, mag sich auch seine Tat äußerlich nicht anders als eine in normalen Zeiten begangene Straftat darstellen. Denn das wesentlich Neue ist, daß die kriegsbedingte Lage unseres Volkes eine andere Beurteilung der Straftat erzwingt. Wer die Folgen feindlicher Luftangriffe, die Verdunklung oder andere außergewöhnliche Kriegsverhältnisse dazu ausnutzt, um sich zu bereichern, verletzt nicht in erster Linie fremdes Vermögen, sondern begeht einen Treubruch gegenüber der Volksgemeinschaft, die ihr Eigentum im Kriege nicht mehr wie früher schützen kann. Wer sich auf unerlaubte Weise zusätzlich Güter verschafft, um besser leben zu können als andere, schädigt nicht nur die Allgemeinheit, sondern untergräbt die Moral und die Einsatzbereitschaft des Volkes, die nur dann gewährleistet sind, wenn die Lasten des Krieges gleichmäßig von allen getragen werden. Und wer etwa gegenüber Kriegerfrauen zersetzende Reden führt, unterwühlt den Siegeswillen nicht nur der Heimat und wird dadurch zum Handlanger des Feindes. Das Leben des Volkes in allen seinen Gliedern und sein Schutzbedürfnis sind daher die Richtschnur für die Bewertung jeder Straftat und die allein gültigen Maßstäbe für die gerechte Strafe. In dem gleichen Maße und in derselben Schwere, wie er sich an der Gemeinschaft vergeht, erhält der Verbrecher von der Gemeinschaft durch den Strafrichter die ihm gebührende Antwort. Sie ist hart beim wirklichen Treubruch; sie kann milde sein, wenn gelegentliches Straucheln die Belange der Allgemeinheit nicht tiefer berührt.

### Strafrechtspflege sorgt für Reinigung des Volkskörpers

Noch von einem weiteren Gesichtspunkt läßt sich die Strafjustiz im fünften Kriegsjahr leiten. Jeder Krieg bringt zwangsläufig eine Gegenauslese mit sich. Wo wertvollstes Blut sich auf dem Schlachtfeld opfert, kann der entartete, sozial und meist auch biologisch minderwertige Verbrecher, auch wenn der einzelne, zur Aburteilung stehende Rechtsbruch die härteste Strafe noch nicht zu erfordern scheint, nicht erwarten, daß die Gemeinschaft ihn länger unter sich duldet. Sein Ausschluß ist vielmehr ein Gebot der Erhaltung des Wertes des Volkes. Die Strafrechtspflege erfüllt daher insoweit die volkshygienische Aufgabe einer fortgesetzten Reinigung des Volkskörpers, damit nicht etwa schließlich die schlechten Elemente die guten überwuchern.

Entsprechend dem der Justiz vom Führer erteilten Auftrag, gegen Volksverräter, Saboteure, Volksschädlinge, Gewaltverbrecher und asoziale Gewohnheitsverbrecher im Kriege mit den schärfsten Mitteln durchzugreifen, hat die Zahl der Todesurteile seit Kriegs-



H4056 – 0008

B 041739

H4056 – 0009

ausbruch ständig zugenommen. Es ergeben sich für diese Zeit folgende Gesamtzahlen:

| | |
|---|---|
| 1939 | 99 |
| (vom 1. 9. — 31. 12. 1939) | |
| 1940 | 926 |
| 1941 | 1292 |
| 1942 | 3660 |
| 1943 | 5336 |

Ueber die Verteilung der Todesurteile auf die einzelnen Straftaten unterrichtet folgende Uebersicht für das Jahr 1943:

| | | |
|---|---|---|
| Hoch- und Landesverrat | 1745 | Todesurteile |
| Mord, Mordversuch und Gewaltverbrechen | 250 | „ |
| Verbrechen gegen die Besatzungsmacht | 282 | „ |
| Verweigerung der Hilfe gegenüber Bombengeschädigten | 3 | „ |
| Brandstiftung | 33 | „ |
| Gefährliche Gewohnheitsverbrecher (Diebe, Betrüger, Ausnutzung der Verdunklung und der Kriegsverhältnisse) | 938 | „ |
| Eisenbahndiebstähle | 122 | „ |
| Abtreibung | 1 | „ |
| Beraubung von Feldpostsendungen | 136 | „ |
| Plünderung in bombenbeschädigten Häusern | 182 | „ |
| Kriegswirtschaftsverbrechen | 236 | „ |
| Sittlichkeitsverbrechen | 114 | „ |
| Sabotage u. Aufsässigkeit ausländischer Arbeiter | 138 | „ |
| Waffenbesitz von Protektoratsangehörigen | 39 | „ |
| Waffenbesitz von Polen | 2 | „ |
| Rundfunkverbrechen | 11 | „ |
| Veruntreuung von NSV.-Geldern zum Nachteil von Bombengeschädigten | 2 | „ |
| Wehrkraftzersetzung | 108 | „ |
| Betrug und Untreue zum Nachteil von Soldaten im Fronteinsatz | 2 | „ |
| Sabotage im Protektorat | 66 | „ |
| Wehrpflichtentziehung | 19 | „ |
| Verbrechen gegen die VO. zum Schutze der Wintersachensammlung | 3 | „ |
| Rassenschande | 4 | „ |
| Sonstige Verbrechen | 6 | „ |
| Todesurteile aus d. eingegliederten Ostgebieten | 894 | „ |
| Gesamtzahl | 5336 | „ |



B 041740

H4056 – 0010

**Staatssekretär Dr. Fischböck beim Reichskommissar für die Preisbildung stellt uns nachstehenden Beitrag zur Verfügung:**

# Die Preisstabilität im totalen Kriege

Die vollständige Mobilisierung aller Kräfte verlangt eine absolute Stillhaltung auf dem Preis- und Lohngebiet. Wir können es uns gerade jetzt nicht leisten, Kräfte für den unfruchtbaren Einsatz der Bereinigung wirklicher oder vermeintlicher Unbilligkeiten in den Einkommensverhältnissen der einzelnen Volksgenossen frei zu machen. Die Entwicklung hat dahin geführt, daß die Geldeinkommen des weitaus überwiegenden Teiles der Bevölkerung die verbleibenden Kaufmöglichkeiten bei weitem übersteigen. Wegen Mangels an Geld hungert heute keiner und kommt auch kein gewerblicher oder landwirtschaftlicher Betrieb in irgendwelche Schwierigkeiten. Die Forderung nach Zurückstellung aller Wünsche auf diesem Gebiet ist daher sozial berechtigt, kriegswirtschaftlich aber unabweisbar, weil die Erfüllung jedes Einzelwunsches nach Preis- oder Lohnerhöhung neue Grenzfälle schafft, die dann mit dem gleichen Recht Befriedigung fordern; ein Fortschreiten auf diesem Weg aber führt zu einer völligen Unklarheit in den geldwirtschaftlichen Grundlagen der Kriegswirtschaft und schließlich zur Inflation. Die unmittelbare Rückwirkung solcher Erscheinungen auf das Rüstungspotential können wir leider in benachbarten europäischen Ländern in eindrucksvoller Weise studieren.

Die Durchsetzung der Forderung nach Aufrechterhaltung des stabilen Preisniveaus muß heute in erster Linie mit politischen Mitteln gesichert werden, da sie mehr denn je ihre Basis in der Disziplin des Volkes zu finden hat. Die bei uns im Verhältnis zu England und Amerika ohnehin zahlenmäßig außerordentlich geringfügigen Kräfte des Preisüberwachungsdienstes (Wirtschaftsprüfer, Polizeibeamte) werden im Rahmen der Maßnahmen zur Totalisierung des Kriegseinsatzes weiter erheblich reduziert werden. Sie werden ihre Arbeit nur erfüllen können, wenn deren Zielsetzung von den maßgebenden politischen Stellen bejaht und auch dann gefördert wird, wenn die Auswirkung der getroffenen Maßnahmen im Einzelfalle nicht immer befriedigt, was schon im Hinblick auf die auch qualitativ immer unzulänglicher werdenden Kräfte unvermeidlich bleibt.

Die entscheidende Position im Kampf um die Aufrechterhaltung der Preisordnung ist die Eindämmung des Schleichhandels auf ein Mindestmaß; die Aktivierung aller verfügbaren Kräfte in dieser Richtung ist oberstes Gebot. Hierbei geht es vor allem darum, die Quellen des Schleichhandelsverkehrs zu verstopfen. Als solche kommen vor allem drei in Frage:



B 0417141

H4056 – 0011

1. Diebstahl und andere kriminelle Delikte; ein erheblicher Teil der aufgegriffenen Schleichhandelsware geht in letzter Linie auf ein derartiges Verbrechen zurück. Hierbei werden besonders bei Lebensmitteln oft die primitivsten hygienischen Erfordernisse außer acht gelassen (gesundheitsgefährliche Gebarung mit Fleisch und Fett) oder der Käufer wird auch noch unmittelbar durch Beimischung von minderwertiger Ware betrogen (Erbsen statt Kaffee). Sehr oft sind die mit diesen Delikten in Verbindung stehenden Personen auch in andere Verbrechen verwickelt.

Ein Uebereinkommen zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und dem Reichskommissar für die Preisbildung soll in Hinkunft ein intensives Zusammenarbeiten der Kriminalpolizei mit den Preisüberwachungsbehörden sichern und die Kriminalpolizei in erhöhtem Umfang und unter Einsatz wirksamer polizeilicher Fahndungsmethoden in den Dienst der Schleichhandelsbekämpfung stellen.

2. Erhebliche Mengen von Schleichhandelsware kommen aus den besetzten und befreundeten Ländern. Die Auffassung, daß der illegale Einkauf im Auslande der deutschen Warenversorgung zusätzlich zugute kommt und daher vom Versorgungsgesichtspunkt aus zu bejahen sei, wobei allfällige preispolitische Nachteile in Kauf genommen werden müßten, geht auf eine Verkennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zurück. Sie übersieht die in den meisten in Betracht kommenden Ländern von der Geldseite her bestehende Begrenzung sowie das entscheidende deutsche Interesse an der Aufrechterhaltung geordneter Bewirtschaftungsverhältnisse in diesen Ländern, die grundlegende Voraussetzung für die Lieferung von Agrarprodukten und für die Auftragsverlagerung der deutschen gewerblichen Wirtschaft. Der Wert der durch den illegalen Einkauf gegebenen Möglichkeiten ist nach den gemachten Erfahrungen immer nur ein kleiner Bruchteil (Größenordnung 1/20 bis 1/100) der legalen Leistungen des betreffenden Landes. Auch nur geringfügige Störungen in diesen Lieferungen durch das Schwarzkaufen überkompensieren daher bereits den Versorgungseffekt solcher Einkäufe für die deutschen Gesamtinteressen. In Wirklichkeit handelt es sich bei dieser Art von Warenbeschaffung im Auslande um die Sicherung eines individuellen persönlichen Vorteils zu Lasten des deutschen allgemeinen Interesses. Das gilt selbst dann, wenn die Einkäufe nicht zugunsten von Personen, sondern von Gebietskörperschaften oder sonstigen Gemeinschaften erfolgen, denen ein entsprechendes Kontingent von der zentralen Planung nicht eingeräumt worden ist.

Ein vom Chef der Sicherheitspolizei und vom Reichskommissar für die Preisbildung gemeinsam errichteter Arbeitsstab sichert nachdrückliche Ahndung vorkommender Kontraventionen.

3. Wenn man von den Möglichkeiten absieht, die darin liegen, daß einzelne Volksgenossen die ihnen zustehenden Warenbezüge, statt sie selbst zu verzehren, veräußern, dann kommt als wesentlich gefährlichere Schleichhandelsquelle noch der Verkauf von Waren durch den



BO44742

H4056 – 0012

Produzenten nach oder vor Erfüllung seines Ablieferungssolls sowie der Mißbrauch der dem Händler als Verteiler obliegenden Funktionen in Frage.

Es liegt nicht in den Absichten des Führers, daß gegen den Selbstverbraucher mit harten Mitteln eingeschritten wird, der in geringfügigem Umfang gegen die formal bestehenden Vorschriften direkt beim Produzenten Waren einkauft, besonders dann nicht, wenn der Produzent die ihm auferlegten Ablieferungsverpflichtungen erfüllt hat. Die Grenze zwischen diesen Verstößen und dem gefährlichen organisierten Schwarzhandel bzw. der skrupellosen persönlichen Bereicherung — etwa durch Mißbrauch der Handwerker- oder Händlerfunktion — zum Zwecke umfangreicher zusätzlicher Lebensmittelbeschaffung ist allerdings schwer zu ziehen. Vorgänge dieser Art müssen zu schweren Störungen führen und die Versorgung sowohl mit Lebensmitteln als auch mit handwerklichen Leistungen bzw. mit sonstigen dem Handel anvertrauten Gütern bereits ernstlich gefährden. Bei dem Umfang der hier in Frage kommenden Erscheinungen können polizeiliche Methoden bestenfalls nur stichprobenweise eingesetzt werden. Dabei besteht noch die Gefahr, daß bei solchen Einzelaktionen gerade die Falschen gepackt und in einer Weise vorgegangen wird, die den Widerspruch breiter Bevölkerungskreise hervorruft.

Weitergehende Beschränkungen im Eisenbahn- und im Postverkehr werden automatisch eine gewisse Entlastung auf diesem Gebiet mit sich bringen; entscheidende Erfolge kann nur eine Einwirkung auf den Gemeinschaftssinn und die Disziplin der Bevölkerung durch die berufenen Organisationen, insbesondere aber durch die politische Führung bringen. Es ist selbstverständlich, daß im Haushalt von Männern, die in Partei oder Staat auf exponiertem Posten stehen, Schleichhandelsware welcher Art auch immer keine Verwendung findet. Die gleiche Forderung muß aber auch gegenüber Betriebsführern und sonstigen Persönlichkeiten erhoben werden, deren Verhalten für breite Bevölkerungskreise richtunggebend ist. Die immer knapper werdende Konsumgüterdecke zwingt zur Anlegung eines wesentlich verschärften Maßstabes auch auf diesem Gebiet.

## Der Reichskommissar in Belgien und Nordfrankreich

Die politische Entwicklung der letzten Zeit im belgischen Raume erwies, daß eine ausschließliche Verwaltung den politisch wirksamen Kräften nicht gerecht werden kann, sondern daß diese Kräfte einer klaren und tatkräftigen politischen Steuerung bedürfen.

In Flandern mußte der „Vlaamsch National Verbond" für das deutsche Interesse ausscheiden, nachdem sein Verbandsführer Dr. Elias



B041743

H4056 – 0013

den Versuch des Reichsführers-SS, den Nationalverband und die Deutsch-Vlämische Arbeitsgemeinschaft auf ein einheitliches politisches Programm zu einigen, daran scheiterte, daß Dr. Elias die Anerkennung einer gesamtgermanischen Zielsetzung verweigerte und statt dessen die flämische Befreiung lediglich für ein „dietsches", bürgerlich-klerikal orientiertes Separatprogramm beanspruchen wollte, das auf die Errichtung eines eigenen Zwischenstaates am Kanal abzielt. Damit begab sich der Nationalverband der Möglichkeit eines politischen Auftrages für die Zukunft. Die Folge davon war eine fortschreitende Auflösung von innen her, gegen die sich der radikale, vor allem aus der Jugend des Verbandes bestehende Flügel mit einer hartnäckigen Versteifung auf das dietsche, d. h. antideutsche Programm zu behaupten sucht. Demgegenüber steht die Deutsch-Vlämische Arbeitsgemeinschaft (Devlag) unter Führung des Dr. van de Wiele, die sich von Anfang an klar zum großgermanischen Reich unter der Führung Adolf Hitlers und zum Nationalsozialismus bekannte und vor allem die breiten Massen der flämischen Arbeiter und Bauern zu gewinnen sucht.

In Wallonien war die Lage durch einen zunehmenden Terrorismus gegen Rexisten und wallonische SS-Freiwillige gekennzeichnet. Nachdem in der Zeit vom 20. April bis zum 30. Mai 61 Rexisten und Angehörige der wallonischen Waffen-SS und schließlich der Bruder Léon Degrelles ermordet worden waren, wandte sich der Rexistenführer in einem Telegramm an den Reichsführer-SS mit der Bitte um entscheidende politische Maßnahmen. Die bis dahin geltende Auffassung, daß eine unpolitische Verwaltung Ruhe und Ordnung in einem besetzten Gebiete sichern könnten, ist durch den aus der wallonischen und flämischen Bevölkerung selbst erwachsenen Willen zu einer politischen Entscheidung gegenüber den europäischen Lebensfragen revidiert worden. Der vom Führer zum Reichskommissar für Belgien und Nordfrankreich ernannte Gauleiter Grohé wird dieser Sachlage Rechnung tragen.

Der Reichskommissar hat seine Aufgabe und seine Absichten vor seinen Mitarbeitern dahingehend umrissen, daß nur eine entschlossene nationalsozialistische Politik die Stellung des Reiches in Belgien und Nordfrankreich sichern kann. Es komme daher darauf an, den Staatsapparat vor allem in den mittleren und unteren Instanzen mit zuverlässigen Kräften zu besetzen und damit die Voraussetzung für eine umfassende politische Neuordnung im belgisch-nordfranzösischen Raume zu schaffen. Diese Kräfte zu sammeln, zu stellen und den Neuaufbau im flämischen und wallonischen Volke auch politisch vorzubereiten, sei der Auftrag der Devlag in Flandern und der Rex-Bewegung in Wallonien. Weder Dr. van de Wiele noch Léon Degrelle werden vorerst mit einer staatlichen Verantwortung belastet, damit eventuelle Schwierigkeiten aus der derzeitigen Lage von ihren innerpolitischen Gegnern nicht auf das Konto der beiden Volkstumsführer gesetzt werden können.



B 041744

H4056 – 0014

# Ostfreiwillige im deutschen Heer

Im deutschen Heer kämpfen ehemalige Kriegsgefangene aus den Völkern des Ostens, die sich freiwillig zum Kampf mit der Waffe gegen den Bolschewismus gemeldet haben. Diese Freiwilligenverbände entstanden bald nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion, nachdem die Truppe im Kampf gegen Raum und Masse des Ostens aus den Ueberläufern und Kriegsgefangenen von sich aus „Hilfswillige" machte. Diese zunächst improvisatorischen Maßnahmen machten bald eine einheitliche Organisation erforderlich. Die allmählich auf Hunderttausende angewachsene Zahl der Hilfswilligen erforderte besondere Bestimmungen über die Stellung der Hilfswilligen in der Truppe, über ihre Verpflegung, Bekleidung, Besoldung, Ausrüstung und den Feldpostverkehr. Zur organisatorischen Zusammenfassung und einheitlichen Leitung wurde die Dienststelle eines Generals der Freiwilligenverbände beim Chef des Generalstabes des Heeres (General der Kavallerie Köstring) und die Dienststelle eines Kommandeurs der Freiwilligenverbände beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres (Generalmajor von Wartenberg) geschaffen.

Heute ist zwischen den Freiwilligen in deutschen Verbänden (bisher Hilfswillige), die neben ihrer Tätigkeit in rückwärtigen Diensten und Versorgungseinrichtungen allmählich auch zu Kämpfern mit der Waffe herangebildet wurden, und den landeseigenen freiwilligen Verbänden zu unterscheiden. Diese Verbände wurden in Bataillone und in einige größere Verbände zusammengefaßt. Sie sind mit deutschem Rahmenpersonal durchsetzt und stehen in der Regel unter deutscher Führung. Ihr Einsatz erfolgt im Rahmen deutscher Verbände. Daneben bestehen eine Reihe einzelner kleiner Einheiten für Sonderaufgaben sowie Nachschub und Baubataillone. Die Einheiten und nach Möglichkeit auch die Freiwilligen in der deutschen Truppe selbst wurden nach Völkerschaften aufgegliedert. (Russische, ukrainische, kosakische, turkvölkische und kaukasische Verbände.)

### Im Kampf durchaus bewährt

Der Einsatz der Verbände erfolgte zunächst überwiegend im Osten und im Südosten, insbesondere im Kampf gegen Banden, zum Teil aber auch schon an der Front. Bereits im November 1943 wurden kaukasische Freiwillige bei den Kämpfen auf der Krim mit besonderer Anerkennung im OKW.-Bericht genannt. Im Laufe der Zeit sind eine erhebliche Anzahl dieser Verbände nach dem Westen, dem Balkan und nach Italien verlegt worden. Um sie in Erwartung der Invasion auch für den Großkampf zur Verfügung zu haben, erfolgte zum Teil eine Ausrüstung mit deutschen Waffen und eine entsprechende Ausbildung. Hand in Hand damit ging die Heranbildung eines landes-



B 041 745

H4056 – 0015

eigenen Offizier- und Unteroffizierkorps. Heute sind eine erhebliche Zahl von Kompanie- und Zugführerstellen mit landeseigenen Offizieren und Unteroffizieren besetzt.

Um die Freiwilligen zu vollwertigen überzeugten Kämpfern zu machen und um die sprachlichen Schwierigkeiten zu überwinden, war die Durchführung einer großen Anzahl von Lehrgängen für Freiwillige und für das deutsche Rahmenpersonal erforderlich. Mit Unterstützung der zuständigen militärischen und zivilen Dienststellen wurden die Freiwilligen ihrer Art entsprechend geistig geführt und betreut. Zur Unterrichtung des deutschen Rahmenpersonals sind nach dem Muster der „Mitteilungen für die Truppe" die „Mitteilungen für den deutschen Soldaten in freiwilligen Verbänden" geschaffen. Auch die Einrichtung von landeseigenen Sanitätseinrichtungen und von Urlauberheimen erwies sich als notwendig.

Aus dem zufälligen Helfer, den sich die Truppe aus eigenem Bedürfnis und aus eigener Initiative geworben hatte, ist heute ein unentbehrlicher Mitkämpfer der deutschen Wehrmacht geworden. Die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden waren, werden bei der Vorstellung deutlich, daß jeder dieser Freiwilligen fast 25 Jahre lang unter der Einwirkung der bolschewistischen Propaganda und des bolschewistischen Terrors gestanden hat. Um so größer ist die erzielte Leistung zu bewerten.

## Einsatz an allen Fronten

Es ist selbstverständlich, daß die feindliche Propaganda auf den verschiedensten Wegen und mit allen Mitteln versuchte, und heute noch versucht, die Stimmung in den landeseigenen Verbänden in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu zersetzen. Daß diese feindliche Propaganda bei einer Gesamtzahl von weit über einer halben Million Freiwilliger stellenweise Erfolg hatte, ist leicht erklärlich. Die Entwicklung der militärischen Lage, die Entfernung von der Heimat, die ständige Sorge der Freiwilligen um ihr eigenes Schicksal und das ihrer Angehörigen stellt eine zusätzliche Belastung dar. Trotzdem hat die Zahl der Ueberläufer und Versager im Vergleich zu der Gesamtzahl der Freiwilligen nie größere Bedeutung gewonnen. Es ist gelungen, den Widerstandswillen gegen die Feindpropaganda stetig zu festigen und durch entsprechende Maßnahmen, insbesondere auch durch die Verlegung nach dem Westen, ein weiteres Absinken der Ueberläuferzahl zu erreichen. Das ist insbesondere ein Verdienst des deutschen Rahmenpersonals, für das die Schaffung einer kampfkräftigen Truppe aus ehemaligen Kriegsgefangenen eine ganz neue Aufgabe war. Die Stimmung der Freiwilligen und damit ihre Kampfkraft kann allerdings auf die Dauer nur dann gehalten werden, wenn der Freiwillige das Gefühl hat, daß er und seine Angehörigen nicht als „Untermenschen" angesehen, sondern als Angehörige von Völkern betrachtet werden,



B 041746

H4056 – 0016

die sich von deutscher Art unterscheiden, aber in ihrer Art auch wertvoll sind.

Die Auffassung, daß alle Kriegsgefangenen „Russen" und alle „Russen" Bolschewisten sind, hat in der Vergangenheit zu manchem Fehlurteil und vermeidbaren Schwierigkeiten geführt.

### Weiteres Absinken der Ueberläuferzahl

Eine positive Einstellung gegenüber den Freiwilligen ist um so notwendiger, als sie sich im Kampf durchaus bewährt haben. Die Bewährung der Freiwilligenverbände wird durch zwei Tatsachen besonders unterstrichen:

1. Der Führer hat den Freiwilligen auf Grund ihrer positiven Haltung das Recht verliehen, deutsche Uniformen mit ihren nationalen Abzeichen am rechten Arm und an der Kopfbedeckung zu tragen. Bei Bewährung können Freiwillige zu Unteroffizieren und zu Offizieren mit den gleichen Pflichten und Rechten wie deutsche Soldaten befördert werden.

Außer dem Tapferkeitsorden für Ostvölker können den Freiwilligen das E. K. und deutsche Kampfabzeichen verliehen werden. In Verpflegung, Kriegsbesoldung, Anspruch auf Urlaub u. a. sind die Freiwilligen den deutschen Soldaten nunmehr gleichgestellt. Diese Gleichstellung war, abgesehen von der Bewährung im Kampf auch aus folgendem Grunde notwendig: Wenn man von einem ehemaligen Kriegsgefangenen, der sich freiwillig zum Kampf mit der Waffe gemeldet hat, verlangt, daß er Seite an Seite mit dem deutschen Soldaten kämpft und sein Blut vergießt, dann muß man ihm neben den Pflichten auch die Rechte des deutschen Soldaten geben. Nur als Söldner und Kanonenfutter betrachtet, wird er ein Mitkämpfer von zweifelhaftem Wert sein und der feindlichen Propaganda insbesondere in schwierigen Lagen, wenn es auf seine Standhaftigkeit ankommt, leicht zum Opfer fallen.

2. Freiwilligenverbände sind besonders in der letzten Zeit wiederholt im OKW.-Bericht genannt worden. Sie haben sich besonders ausgezeichnet bei den schweren Abwehrkämpfen auf der Krim, im Kessel von Tscherkassy, im harten Bandenkampf auf dem Balkan, im Großkampf an der Invasionsfront und zuletzt bei den schweren Kämpfen in Mittelitalien. Besonders bemerkenswert ist eine Meldung der Heeresgruppe Mitte von Ende Juli, wonach sich nach dem Urteil aller Kommandostellen die landeseigenen Einheiten bei den schweren Abwehrkämpfen in der Mitte der Ostfront ausgezeichnet gehalten haben. Die Verluste der Einheiten entsprechen denen der deutschen Einheiten. Die Stimmung der Freiwilligen wird als gut bezeichnet.

Diese kämpferische Leistung muß um so höher anerkannt werden, als wir dem Freiwilligen nur in beschränktem Umfang ein politisches Ziel geben können. Dieser Nachteil muß durch eine umfangreiche Betreuung und dadurch, daß wir den Freiwilligen in jeder Hinsicht das



B041747

H4056 – 0017

Gefühl der Gleichberechtigung geben, nach Möglichkeit ausgeglichen werden.

Von der Führung und Behandlung der Freiwilligen ist die Frage der Behandlung ihrer Angehörigen, die sich zum Teil freiwillig zur Arbeit in Deutschland gemeldet haben, das Geschick der Ostarbeiter überhaupt und neuerdings der Flüchtlinge aus dem Osten, nicht zu trennen. Der Kampfwille der Freiwilligen wird entscheidend beeinflußt durch das Schicksal ihrer Frauen und Kinder, Eltern und Geschwister. Jede positive Maßnahme für die Ostarbeiter wirkt sich positiv auf die Haltung der Truppe, jedes falsche Verhalten entsprechend negativ aus. Es gibt kein Thema, das unter den Freiwilligen mehr besprochen wird als die Behandlung der Ostarbeiter in Deutschland. Wenn auch der Gewährung von materiellen Vorteilen im fünften Kriegsjahr gewisse Grenzen gezogen sind, so sind einer gerechten, verständnisvollen Behandlung des Ostarbeiters, der anerkanntermaßen von allen ausländischen Arbeitern die beste Arbeitsleistung aufweist, keine Grenzen gezogen. Die aus der Wehrmacht in Ehren ausgeschiedenen Freiwilligen verdienen dabei besondere Berücksichtigung. Ohne das feste Vertrauen und den starken Glauben an den guten Willen und ernstgemeinten Wunsch des Deutschen, dem Freiwilligen und seinen Angehörigen und Landsleuten eine neue Zukunft, eine Heimat ohne Bolschewisten und Juden bieten zu wollen, ist der Mensch des Ostraums nicht für uns zu gewinnen. Mit der Lösung dieser Aufgabe beweisen wir die uns von unseren Feinden bestrittene Fähigkeit, fremde Völker zu führen.

## Der Einsatz ausländischer NSKK-Freiwilliger

Von den verschiedenen Einheiten des NSKK. ist zur Zeit die „NSKK.-Gruppe Luftwaffe" mit ihren Transportregimentern mit Schwerpunkt am Kanal, darüber hinaus an der Italienfront und auf dem Balkan im Nachschub für die Luftwaffe und gelegentlich auch für das Heer eingesetzt.

Die unter Führung deutscher NSKK.-Männer älterer Jahrgänge stehenden flämischen, niederländischen und französischen Freiwilligen der „NSKK.-Gruppe Luftwaffe" zeichneten sich als Nachschubtruppe durch vorbildlichen kämpferischen Einsatz besonders in den letzten Monaten aus. Dieser Einsatz im Nachschub ist heute Kampfeinsatz. Im Westen und in Italien wird mit wenigen Ausnahmen wegen der heftigen Luftangriffe des Feindes auf den Nachschubstraßen nur nachts gefahren.

In Italien eingesetzte französische Kompanien, die schon für den Brückenkopf Nettuno Nachschub fuhren, nahmen an größeren Kampfhandlungen gegen Banden teil. Sie schlugen sich unter Ver-



B 041748

H4056 – 0018

lusten hervorragend, so daß eine Anzahl Eiserner Kreuze an sie verliehen wurde.

Meldungen über ebenso vorbildliche Kampfbewährung liegen über flämische Einheiten auf dem Balkan vor.

Kolonnen niederländischer Regimenter der „NSKK.-Gruppe Luftwaffe", die seit Monaten an der Kanalküste unter ständiger Bombeneinwirkung im Baueinsatz standen, finden seit den ersten Tagen der Invasion für Munitionstransporte zur Normandiefront Verwendung.

Die politische Festigung zusammen mit dem militärischen Ausbildungsstand haben die ausländischen NSKK.-Freiwilligen zu einer verläßlichen Truppe geformt, die alle Erwartungen der Führung erfüllen.

Die Gesamtstärke dieser ausländischen Freiwilligen in den Transportregimentern der „NSKK.-Gruppe Luftwaffe" beträgt 7000 Männer, davon 4000 Niederländer, 1300 Flamen, 900 Franzosen und 800 Wallonen.

Die ausländischen Freiwilligen werden nach den Richtlinien des NSKK. befördert. Voraussetzungen für jede Beförderung zum Unterführer oder Führer sind gründliche Schulung, Bewährung im Fronteinsatz und Straffreiheit.

In Unterführer-Dienststellungen wie Gruppenführer, Schirrmeister, Sanitätsunterführer, Rechnungsführer usw. sind 377 ausländische Freiwillige mit Dienstgraden vom NSKK.-Scharführer bis zum NSKK.-Truppführer eingesetzt.

Bei entsprechender charakterlicher und politischer Eignung und nach erfolgreichem Abschluß der vorgeschriebenen Lehrgänge können ausländische Freiwillige auch in Führerdienstgrade aufsteigen. Bisher zählen die Regimenter der „NSKK.-Gruppe Luftwaffe" 47 ausländische Freiwillige mit Führerdienstgraden.

An Kriegsauszeichnungen erhielten: 5 ausländische Freiwillige des EK. II, 78 ausländische Freiwillige das KVK. II. Klasse mit Schwertern, 15 ausländische Freiwillige die Ostmedaille, 55 ausländische Freiwillige das Verwundetenabzeichen.

Vor wenigen Tagen hat der Befehlshaber eines Luftgaues 13 französische Freiwillige wegen Tapferkeit mit dem KVK. II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet.

# Absturzursachen der anglo-amerikanischen Flugzeuge

Nach amtlichen Meldungen haben die Anglo-Amerikaner in den ersten fünf Monaten dieses Jahres über dem Reichsgebiet 6157 Maschinen verloren. Nach den Aussagen der amerikanischen und britischen Besatzungen, die sich allerdings mit den deutschen Meldungen nicht decken, ist die Einwirkung der deutschen Flak-Abwehr



B 041749

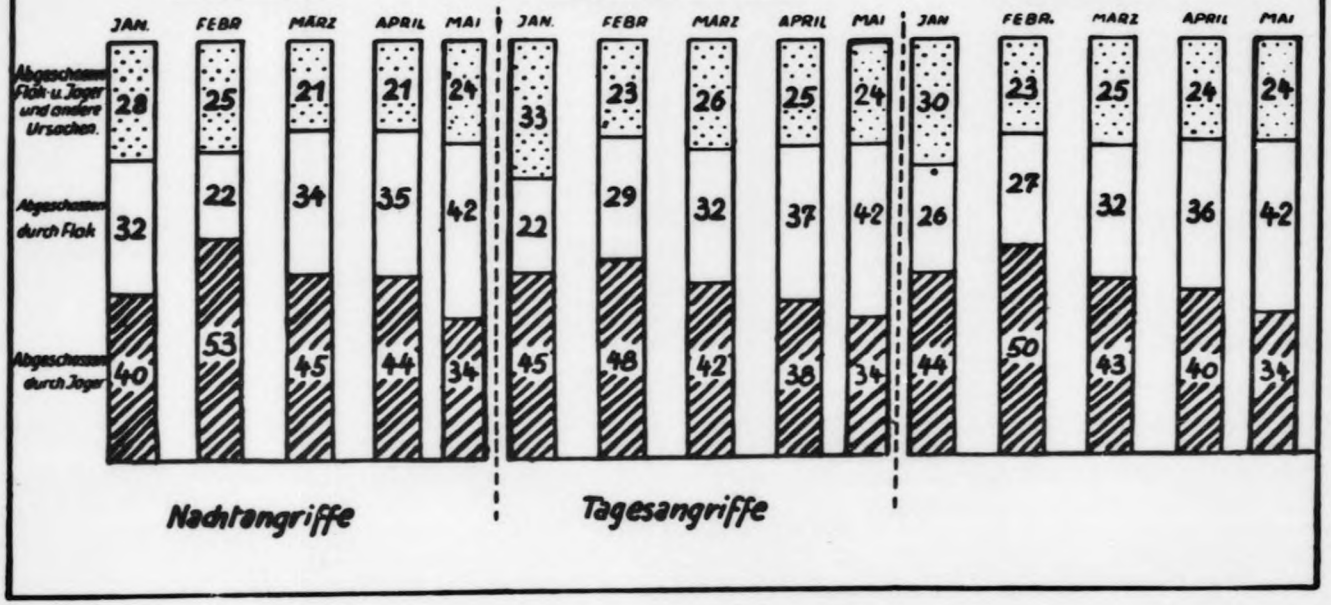
H4056 – 0019

B 04175D

Luftwaffen Führungsstab Ic
Fremde Luftwaffen West

# Durch Vernehmung erfaßte Verluste nach Absturzursachen

Verlustangaben in Prozent



H4056 – 0020

als Absturzursache prozentual wesentlich höher als allgemein angenommen wird. So betrug beispielsweise nach der Zusammenstellung des OKL I c der Anteil der Flak an den 806 Abschüssen an britischen Maschinen des Monats Januar 32 Prozent, im Mai sogar von 1839 Abschüssen 42 Prozent. Die Abschußziffern für die übrigen Monate lauten: Februar 886, März 1234, April 1392 Maschinen. Im einzelnen verweisen wir auf die nebenstehende Darstellung, betonen aber nochmals, daß es sich hier um Unterlagen handelt, die sich aus den Vernehmungsergebnissen der anglo-amerikanischen Gefangenen zusammensetzen.

# Film und Luftkrieg

Die Auswirkungen des anglo-amerikanischen Luftterrors machen sich auch am Bestand der Filmtheater und an den Zahlen der Filmtheaterbesucher bemerkbar. Die Entwicklung soll in nachfolgenden Angaben aufgezeigt werden:

Januar 1943: 6855 Filmtheater,
Dezember 1943: 6561 Filmtheater
in Betrieb.

Bei dieser Verminderung der noch betriebsfähigen Lichtspielhäuser um 294 Theater muß in Betracht gezogen werden, daß die absolute Zahl der totalbeschädigten Theater wesentlich höher liegt, daß aber durch die Inbetriebnahme von Ausweichstellen schon ein kleiner Ausgleich geschaffen werden konnte. Ferner ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den zerstörten Theatern fast ausschließlich um große, repräsentative Filmtheater in den Großstädten handelt.

Auch die Besucherzahlen zeigen gegen Ende des Jahres 1943 erstmalig eine geringfügige rückläufige Tendenz (in Mill.):

| Quartal | 1942 | 1943 | Zu- oder Abnahme |
|---|---|---|---|
| I. | 261,5 | 282,2 | + 7,9 % |
| II. | 263,6 | 292,3 | + 10,9 % |
| III. | 257,6 | 272,6 | + 5,8 % |
| IV. | 279,4 | 269,5 | — 3,5 % |

Das Jahr 1942 brachte noch eine Erhöhung der Besucherzahl um 19 Prozent gegenüber 1941; für 1943 betrug die Steigerung insgesamt nur noch 5 Prozent gegenüber 1942.

In einzelnen Großstädten hat sich das Absinken der Besucherzahlen nach Terrorangriffen besonders kraß bemerkbar gemacht. So betrugen z. B. die Besucherzahlen in Berlin

im Oktober 1943 8 200 000
im November 1943 6 600 000
im Dezember 1943 3 800 000

und in Leipzig

im Oktober 1943 1 400 000
im November 1943 1 300 000
im Dezember 1943 370 000.



B041751

H4056 – 0021

Aehnlich liegen die Verhältnisse in anderen Großstädten, die in letzter Zeit besonders stark unter Terrorangriffen zu leiden hatten.

Infolge der Umquartierungen zeigt sich allmählich eine Verlagerung des Kinobesuches von den Großstädten auf die kleineren Orte. So betrug z. B. Anfang 1943 der Anteil der Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr am Theaterbesuch im Tagesdurchschnitt 57 Prozent, Ende des Jahres 1943 dagegen nur noch 49 Prozent. In den Orten unter 50 000 Einwohnern stieg der prozentuale Anteil entsprechend von 43 auf 51. Auch im Jahre 1944 hält diese Verschiebung an. Im März 1944 betrug der Anteil der Gemeinden mit 50 000 Einwohnern und mehr nur noch 47,7 Prozent am Gesamtbesuch, während bei den Gemeinden unter 50 000 Einwohnern der Prozentsatz weiter auf 52,3 gestiegen ist.

Diese Entwicklung hat natürlich auch einen erheblichen Einfluß auf die Theatereinnahmen, da durch die Zerstörung großer Theater und die Verlagerung des Theaterbesuches in kleinere Orte der Durchschnittseintrittspreis sinkt. Die deutsche Film-Theater-Gesellschaft ist deshalb besonders stark betroffen, weil ihr die repräsentativen Theater in den großen Städten gehören. Da diese Gesellschaft dem Reich gehört, gehen ihm hohe Prozentsätze an Einnahmen aus dem Theaterbesuch verloren.

Die Theater-Bruttoeinnahmen weisen im I. Quartal des Jahres 1943 noch eine Zunahme von rund 11 Prozent gegenüber dem Vorjahre auf, während sie im letzten Quartal 1943 eine Abnahme von 2,5 Prozent gegenüber 1942 aufweisen.

Um den Verlust durch Ausfall von Theatern auszugleichen, ist die Filmführung laufend bemüht, Ausweichtheater und Behelfstheater in Betrieb zu nehmen.

## Die deutsche Wochenschau im Auslande

Seit Kriegsbeginn konnten die deutschen Wochenschau-Positionen in den uns zugänglichen Gebieten des Auslandes praktisch zu einem Europa-Monopol ausgebaut werden. — Von Madrid, Lissabon, Paris, Brüssel, Den Haag, Kopenhagen, Oslo, Stockholm, Helsinki, Riga, Warschau, Prag, Preßburg, Budapest, Bukarest, Sofia, Athen, Tirana, Belgrad, Agram, Venedig und Zürich laufen die redaktionellen und propagandistischen Steuerungslinien der in diesen Ländern gezeigten Wochenschau-Fassungen offen oder getarnt zentral zusammen. Von der Auslandswochenschau werden allwöchentlich über 20 Millionen Menschen erfaßt. In über 10 000 außerdeutschen Filmtheatern erhält das europäische Ausland unter Einsatz von rund 1000 Kopien in 25 Sprachversionen jede



B 041/52

H4056 – 0022

Woche einen Einblick in das heutige Weltgeschehen unter deutschen Gesichtspunkten.

Diese Entwicklung mußte sich unauffällig unter Rücksichtnahme auf nationale Empfindlichkeiten und auf nationales Prestige vollziehen.

Getragen von der Flut der neuen, erstmaligen, Weltsensation darstellenden PK.-Aufnahmen vom Kriegsgeschehen in Polen, wurden schon im ersten Kriegsmonat die in zahlreichen Fremdsprachen synchronisierten und für die Auslandsmentalität besonders redigierten Kopien der deutschen Auslandswochenschau in die uns bis dahin verschlossenen ausländischen Filmtheater gebracht. Nicht nur in allen der deutschen Propaganda zugänglichen Gebieten Europas, sondern auch in Nord-, Mittel- und Südamerika, im Iran und Afghanistan, in Mandschukuo, Japan und China konnten beachtliche Resonanz-Erfolge erzielt werden. — Die Kriegsentwicklung führte zwar zwangsläufig zur Aufgabe der Uebersee- und Randpositionen, dagegen gelang es, die europäischen Stellungen nicht nur zu halten, sondern auszubauen und zu festigen.

## Das Ausland stark interessiert

Es war unvermeidlich, daß schon bald nach Beendigung des Frankreich-Feldzuges die PK.-Aufnahmen viel von ihrer Zugkraft im Auslande verloren. Der Beginn des Rußland-Feldzuges brachte zwar eine vorübergehend neue Steigerung des Interesses mit sich, doch dann setzte unverkennbar eine Abstumpfung gegenüber Bildern vom Kriegsgeschehen ein. Während bei Kriegsbeginn die PK.-Bilder sozusagen als Lokomotive für den übrigen Teil der Wochenschaubilder wirkten, mußte gegen Ende des dritten Kriegsjahres das Frontgeschehen — abgesehen von besonderen Sensationen — dem Auslandsgeschmack durch eine reichhaltige und interessante Zusatzkost schmackhaft gemacht werden. Weiterhin ergab sich, daß neutrale oder mit Deutschland verbündete Länder, die sich bisher dem Wochenschausektor gegenüber gleichgültig verhalten hatten, die Dienste eines derart wirkungsvollen Propaganda-Instrumentes für ihre internen Propagandazwecke einspannen wollten, und zwar nicht zuletzt aus dem Gefühl heraus, sich ein eigenes dankbares Gebiet der filmischen Betätigung zu sichern. Endlich zeigte die Erfahrung, daß es sogar in den von uns besetzten Gebieten — wie Frankreich, Belgien, Holland usw. — aus Zweckmäßigkeitsgründen ratsam war, nicht mehr offen unter eigener Flagge zu segeln, sondern eine Tarnung durch Lokalredaktion und weitgehende Hinzunahme von Lokalbildern an Ort und Stelle anzustreben.

Dieser Gesamtentwicklung Rechnung tragend, wurde dann auch Zug um Zug eine weitgehende Dezentralisierung eingeleitet und durchgeführt, wobei allerdings die großen Linien der propagandistischen Direktiven nach wie vor in Berlin zusammenlaufen. Es kam



B 041753

H4056 – 0023

zur Bildung einer ganzen Anzahl von Wochenschau-Länder-Monopolen, bei deren Geburt die Deutsche Wochenschau eine mehr oder weniger offene Patenrolle spielte. Art und Weise dieser Monopole mußte je nach dem Grad der Abhängigkeit und der Beeinflußbarkeit des betreffenden Landes entsprechenden Variationen unterworfen sein. Vom spanischen Staatsmonopol, bei dem die Deutsche Wochenschau bescheiden im Hintergrund sich mit der Rolle des ausschließlichen Lieferanten der europäischen Wochenschau-Sujets und des ausschließlichen Abnehmers der spanischen Lokalbilder für Europa sowie mit der Stellung eines beratenden Vertrauensmannes begnügt, bis zum serbischen Monopol, das durch Staatsdekret der serbischen Regierung direkt der Deutschen Wochenschau übertragen wurde, sind ziemlich alle Abstufungsmöglichkeiten der propagandistischen Steuerung wahrgenommen. In jedem Falle wurden die Bindungen durch langjährige Verträge gesichert und — wenn nötig — durch apparaturen- und rohfilmmäßige Abhängigkeit untermauert. Darüber hinaus wurden die Verträge durch Ratifikationen seitens der vorgesetzten Amtsinstanzen bekräftigt.

Praktisch wirkt sich das deutsche Wochenschau-Monopol in Europa so aus, daß die Redaktion im Ausland entweder weitgehend oder total von den deutschen Vertretern oder Außenstellenleitern bildlich und textlich gesteuert werden, daß alle Filmaufnahmen vom Zeitgeschehen nur über das Clearing der Wochenschau-Zentrale Berlin von einem europäischen Lande in das andere gelangen können, und daß bei weitgehender Freiheit in bezug auf Herausstellung von Lokalbildern doch der internationale bzw. europäische Charakter der verschiedenen Landesfassungen federführend von Berlin bestimmt wird.

## Film- und Rundfunkeinsatz der Auslandsorganisation

Trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten im italienischen Raum konnten im Monat Juni 508 Sonderfilmvorführungen mit 81 997 Besuchern durchgeführt werden.

Im Monat Juli haben die Filmstellen der Landesgruppe der AO. über 300 Filmvorführungen vor rumänischen und deutschen Soldaten veranstaltet mit über 70 000 Besuchern.

Beim spanischen Rundfunk wurden im Monat Juni 1944 2855 Schallplatten untergebracht, die in den verschiedensten Musiksendungen Verwendung fanden. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat eine Verdoppelung.

Im gleichen Zeitraum wurden von der Hauptstelle Film der Landesgruppe der AO. 390 Filmvorführungen mit 143 000 spanischen und 7400 deutschen



B041454

H4056 – 0024

Zuschauern in Sondervorführungen durchgeführt.

Durch Sonderfilmveranstaltungen der Landesgruppe der AO. der NSDAP. in Rumänien wurde die Zahl der in den letzten fünf Monaten Betreuten auf weit über eine Million gesteigert, dabei ist bemerkenswert, daß hierunter allein 600 000 Angehörige der rumänischen Wehrmacht festgestellt werden konnten.

Eine besonders erfreuliche Höhe erreichten die Filmvorführungen durch die Landesgruppe der AO. in Dänemark. Die Statistik der Filmstelle weist im Juni 1944 883 Vorführungen mit 146 278 Besuchern nach, für das vergangene Halbjahr 1944 die stattliche Zahl von 3615 Vorführungen mit 534 863 Besuchern.

### Kriegsleistungen der Schuljugend im Protektorat

Aus einer Zusammenstellung des Schulministeriums in Prag ergibt sich, daß die Schuljugend des Protektorats heute in ihren Kriegsleistungen mit an der Spitze des Reiches steht, und zwar gilt dies für die deutschen wie die viel zahlreicheren tschechischen Schulen. Einige der wichtigsten Zahlenangaben sind folgende:

Die Schulen Böhmens und Mährens sammeln an Altpapier gegenwärtig monatlich 800 000 bis 900 000 kg (nach Verarbeitung etwa ausreichend für die Herstellung von 2 Millionen Schulbüchern mittleren Umfangs). Der Ertrag der Knochensammlung bewegt sich monatlich zwischen 450 000 und 750 000 kg. An Alt- und Abfallstoffen wurden in den Jahren 1942 und 1943 zusammen etwa 45 Millionen kg gesammelt. Für die Vitaminaktion des Ministeriums des Innern sammelte die Schuljugend in kürzester Zeit statt der geforderten 13 000 kg Hagebutten mehr als 55 000 kg. Die Heilpflanzenlese 1943 brachte die Schulen des Protektorats mit einem Gesamtergebnis von 1 250 000 kg Heilpflanzen an die Spitze der Schulen des gesamten Reiches. Gegenüber dem Vorjahre bedeutete dieses Sammelergebnis eine Verdoppelung.

## Bei den Verbündeten

# Bulgarien nach der Entscheidung der Türkei

Während die bulgarisch-russischen historischen Beziehungen immer noch von entscheidender Bedeutung für die bulgarische Politik sind, ist die bulgarisch-türkische Vergangenheit seit einer Generation für die politischen Entscheidungen Bulgariens von untergeordnetem Einfluß. Selbst für die öffentliche



B 044/53

H4056 – 0025

Meinung und die in den südosteuropäischen Ländern nach wie vor in Krisenzeiten so ausschlaggebende Volksstimmung im Lande spielt die fast 500jährige Geschichte der türkischen Herrschaft über Bulgarien heute kaum mehr eine Rolle, obschon gelegentlich bulgarische wie europäische Politiker damit gerechnet haben.

Wenn dennoch vor noch etwa einem Jahre im bulgarischen Volk und auch im Heer die Meinung herrschte, daß Bulgarien und der bulgarische Soldat sich schwerlich mit Sowjetrußland, wohl aber mit Begeisterung und Erfolg mit der Türkei schlagen würden, so liegt der Grund hierfür vor allem in dem seit Sommer 1941 vorsichtig, aber planmäßig vorgetragenen Versuch der bulgarischen Politik, von Sowjetrußland als Gegner abzulenken und die Türkei als mögliches „Kriegsziel" in Erscheinung treten zu lassen. Das bulgarische Volk und auch weiteste nationale politische Kreise gingen darauf ein.

Gleichzeitig aber haben der königliche Hof wie die verschiedenen bulgarischen Regierungen ununterbrochen und mit Erfolg offizielle und „private" freundschaftliche Verbindungen zur Türkei und zu einflußreichen türkischen Stellen unterhalten, über die sich die bulgarische Politik notfalls immer wieder mit seinem Nachbar „freundschaftlich verständigen" könnte.

Im Lichte dieser letzten Vergangenheit muß auch das bulgarisch-türkische Verhältnis und seine nächste Entwicklung gesehen werden.

**Bulgarien auf die Ereignisse vorbereitet**

Der Abbruch der deutsch-türkischen Beziehungen hat in Bulgarien in keiner Weise überrascht. Die Bevölkerung war durch Presse und Rundfunk der neutralen und feindlichen Länder darauf vorbereitet worden. Außerdem haben auch die unmittelbar erfolgten bulgarisch-türkischen politischen und diplomatischen Verhandlungen die bulgarische Regierung auf dem laufenden gehalten. Es ist kein Geheimnis geblieben, daß die Bulgaren die Aktivität der türkischen Diplomatie in den südosteuropäischen Hauptstädten mit tätiger Anteilnahme verfolgten, und daß in den wiederholten Besprechungen zwischen verschiedenen bulgarischen Außenpolitikern und der Sofioter Sowjetgesandtschaft die „türkische Frage", d. h. das künftige bulgarisch-türkisch-sowjetrussische Verhältnis eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat.

Gewisse, meist links gerichtete Kreise in Bulgarien, die nicht ohne Einfluß auf die Politik und öffentliche Meinung des Landes sind, sprechen voller Hoffnung augen-



B 041756

H4056 – 0026

blicklich sogar von dem möglichen Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Bulgarien, der Türkei und der Sowjetunion, wobei die Einigung in der Dardanellenfrage eine der politischen Voraussetzungen sei. Andere Kreise dagegen neigen zu der Ansicht, daß die Türkei ihre Beziehungen zum Reich mit Rücksicht auf die Verschärfung der Lage an der Ostfront und den im gleichen Zusammenhang erfolgten Druck der sowjetischen Diplomatie abgebrochen habe, und daß sie in einem wirksamen Bund mit England den notwendigen Ausgleich gegen die Sowjets erblickt. Allgemein verbreitet ist in Bulgarien aber die Auffassung und der Wunsch, daß der Abbruch der deutsch-türkischen Beziehungen nicht ohne weiteres den Kriegszustand zwischen dem Reich und der Türkei bedeutet und, wenn dieser etwa infolge Benutzung der Dardanellen und türkischer Flughäfen durch die Alliierten eintreten sollte, dennoch Bulgarien sich nicht unmittelbar und aktiv an der Seite des Reiches an diesem Kriege zu beteiligen braucht. Ein Angriff der Türkei auf Bulgarien wird nicht befürchtet.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es der bulgarischen Politik darauf ankommt, möglichste Neutralität im deutsch-türkischen Streit zu wahren.

Repräsentant dieser Richtung ist Ministerpräsident Bagrianoff, dem der Außenminister Draganoff sekundiert. Der Regentschaftsrat verhält hierbei im Hintergrund und bleibt bei seiner bisherigen Politik.

# Das Judenproblem in Ungarn

Das nach dem 19. März in Ungarn vordringlich zu lösende Problem war das Judenproblem. Wenn diese Frage in den letzten Jahren in ganz besonderem Maße von den früheren ungarischen Regierungen allen Judengesetzen zum Trotz geflissentlich vernachlässigt wurde, so geschah das aus folgenden Gründen: Einmal war der Jude der beste Assimilant und bedeutete daher einen zahlenmäßigen Zuwachs in den Statistiken für das Ungartum. Zum anderen stellte das Judentum ein Bindeglied zur Feindseite dar, dessen mannigfache Beziehungen zum angelsächsischen Lager man benutzen zu können glaubte, um bei den Friedensverhandlungen im Falle eines feindlichen Sieges einen Fürsprecher zu haben.

Es war selbstverständlich, daß nach dem 19. März die deutschen Stellen in Ungarn alles daran setzten, um das jüdische Element so

B 04475

H4056 – 0027

rasch und so vollkommen wie nur irgend möglich auszuschalten. In Anbetracht der Nähe der russischen Front begann man mit der Säuberung der Nordostgebiete (Nord-Siebenbürgen und Karpatenland), wo zahlenmäßig das stärkste jüdische Element war. Dann wurden in der übrigen ungarischen Provinz die Juden gesammelt und nach Deutschland bzw. in den deutschen Machtbereich abtransportiert. 100 000 Juden blieben in den Händen der Ungarn, um in Arbeitsbataillonen eingesetzt zu werden. Zu dem vorgesehenen Termin, dem 9. Juli, war die ungarische Provinz judenrein. Hier ist in kürzester Zeit mit erstaunlicher Konsequenz und Schärfe gearbeitet worden. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen dieser Aktion war die Tatsache, daß die Judenmaßnahmen in der Mehrheit des ungarischen Volkes volle Zustimmung gefunden haben. Einschränkend muß allerdings bemerkt werden, daß zahlreiche Juden von den Maßnahmen nicht betroffen wurden, weil die ungarischen Judengesetze bei der Qualifizierung als „Jude" zugrunde gelegt wurden. So sind z. B. alle Juden ausgenommen, die mit Nichtjuden verheiratet sind oder die im Weltkrieg höhere Kriegsauszeichnungen erhalten haben. Bis zum 9. Juli waren rund 430 000 Juden aus der ungarischen Provinz den deutschen Stellen übergeben worden. Die Uebernahme geschieht an der ungarischen Landesgrenze, bis zu der die Durchführung der Judenmaßnahmen und damit auch die Verantwortung dafür bei den Ungarn liegt.

**Schwierigkeiten bei dem Judenabtransport aus Budapest**

Als letzte Phase der Judenmaßnahmen sollten die Juden aus Budapest abtransportiert werden. Es handelt sich dabei um rund 260 000. Mittlerweile war aber der Druck aus dem feindlichen und neutralen Ausland (Hull, König von Schweden, Schweiz, Papst) so stark geworden, daß judenfreundliche Kreise in Ungarn auf die ungarische Regierung einzuwirken versuchten, um weitere Judenmaßnahmen und vor allem die Auslieferung an deutsche Stellen zu verhindern. Die zum Zwecke des Abtransports der Juden nach Budapest beorderte ungarische Gendarmerie wurde wieder zurückgezogen. Als dann der für den Beginn des Abtransports vorgesehene Termin überschritten war, ohne daß etwas geschah, fühlten sich die Budapester Juden bereits wieder obenauf und tragen — auch im Hinblick auf die militärische Entwicklung — ein siegesbewußtes Auftreten zur Schau.

Die verschiedensten ungarischen und ausländischen Pläne einer Neuregelung der Judenfrage sind seitdem diskutiert worden. Nachdem die Amerikaner gedroht hatten, etwaige rigorose Maßnahmen gegen die Budapester Juden durch Luftangriffe auf das Schwerste zu vergelten, wurde allen Ernstes von ungarischen Politikern der Vorschlag gemacht, man solle mit den Anglo-Amerikanern eine Vereinbarung treffen, nach der für



B 041758

H4056 – 0028

jeden Tag, an dem ungarisches Gebiet von anglo-amerikanischen Flugzeugen nicht angegriffen wird, 50 Juden an England ausgeliefert werden. Für jeden Tag aber, an dem anglo-amerikanische Flugzeuge ungarisches Gebiet bombardieren, würde man 1000 Juden an Deutschland ausliefern. Ein weiteres Beispiel dieser grotesken Vorschläge ist das Anerbieten einer Schweizer Bankgruppe unter Führung des Bankhauses Bär in Zürich, sofort eine erste Gruppe von 1000 Juden nach der Schweiz zu übernehmen, wobei für jeden einzelnen Juden 100 000 Pengö an die ungarische Nationalbank gezahlt werden sollten.

Die Lösung der Judenfrage in Ungarn ist heute eine Frage der europäischen Sicherheit; verantwortliche Männer der ungarischen Regierung haben dies erkannt und bisher die notwendigen Folgerungen gezogen. Es ist anzunehmen, daß auch in der Frage der Budapester Juden die erforderlichen Schritte unternommen werden.

## Die Neutralen

# Der deutsch-schwedische Warenverkehr

Der deutsche Außenhandel mit Schweden wird seit einiger Zeit vom Feind, besonders von England und den USA., mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet; er war Gegenstand heftiger Angriffe und Pressionen auf Schweden, die erst neuerdings weniger in Erscheinung treten. Der Feind hält diesen Warenverkehr also für überragend wichtig.

Deutschland ist schon seit langem der größte Handelspartner Schwedens. Im Jahre 1939 z. B. rangierte Deutschland mit einer Einfuhr aus Schweden von 371,4 Mill. und einer Ausfuhr nach Schweden von 651,5 Mill. schwed. Kronen vor Großbritannien mit 438,5 Mill. Kronen Einfuhr und 451,6 Mill. Kronen Ausfuhr nach Schweden und den USA., die von der schwedischen Ausfuhr für nur 179,4 Mill. Kronen aufnahmen und für 419,7 Mill. Kronen nach Schweden lieferten. Da der Kriegsverlauf im April 1940 eine Abschneidung des Schiffsverkehrs mit den Westmächten und seit dem Juni 1941 die Beendigung des Handels mit der Sowjetunion brachte, richtete sich der schwedische Außenhandel auf den europäischen Kontinent aus, der 1943 rund 90 Prozent des schwedischen Außenhandels stellte. Einen geringen Anteil stellen noch südamerikanische Länder, nach denen durch deutsches Entgegenkommen ein Geleitzugverkehr besteht. Deutschland, die wirtschaftlich stärkste Macht des Kontinents, wurde damit zwangsläufig zu dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner Schwedens.

Der schwedische Außenhandel wird entscheidend von den Bodenschätzen des Landes bestimmt. Schweden verfügt über große



B 04175/9

H4056 – 0029

Eisenerzvorkommen, deren Eisenerze sich durch hohen Eisengehalt (60 bis 70 Prozent) oder durch besondere Reinheit auszeichnen, sowie über Vorkommen an anderen wichtigen Rohstoffen, wie z. B. Zinkerz, Bleierz und Schwefelkies, ferner Zellstoff und Spinnpapier. Auch an Holz ist Schweden reich. Hingegen fehlt es ihm aber an Kohle: die schwedischen Gruben fördern etwa 400 000 bis 500 000 t jährlich, eine Menge, die nicht als Hausbrand ausreicht, geschweige denn als Industriekohle. Allerdings hat die schwedische Industrie sich teilweise auf Holzfeuerung umgestellt. Da Schweden aber eine ausgedehnte Verhüttungsindustrie, Eisen- und Stahlindustrie und auch sonstige Industriezweige aufgebaut hat, ist die Einfuhr von Kohle von schlechthin entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung des schwedischen Wirtschaftslebens.

## Die wichtigsten Handelsobjekte

Auf dieser Grundlage baut sich der deutsch-schwedische Außenhandel auf. Nach Mitteilungen von schwedischer Seite stellte sich die Einfuhr an Steinkohle im Jahr 1943 auf 3,5 Mill. t, die aus Deutschland kamen. Dieser Menge sind noch die deutschen Kokslieferungen in Höhe von 1,1 Mill. t hinzuzuzählen. Für 1943 stellte sich also die deutsche Gesamtlieferung an Kohle und Koks auf 4,6 Mill. t. Für 1944 ist die Lieferung von 3,94 Mill. t Kohle und Koks an Schweden vorgesehen. Ferner lieferte Deutschland im Jahre 1943 rund 325 000 t Walzwerkserzeugnisse und Roheisen, eine Größenordnung, die auch 1944 beibehalten werden dürfte. Wichtig sind auch die deutschen Ausfuhren an Salz, Glaubersalz, Soda und Kali.

Außerdem werden andere Chemikalien, Textilien, Bekleidung, Maschinen und technische Erzeugnisse mannigfaltigster Art geliefert. Die Ausfuhr nach Schweden hatte im Jahre 1943 einen Gesamtwert von etwa 477 Mill. RM. Der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr (etwa 91 Mill. RM.) ist erforderlich gewesen, um den Passivsaldo aus dem Dienstleistungsverkehr (insbesondere Seefrachten u. dgl.), fällig gewordene Rückzahlungen auf schwedische Warenkredite und Erträgnisse schwedischer Kapitalanlagen im Reich ausgleichen zu können.

Man muß diese deutschen Lieferungen und ihre Bedeutung für die schwedische Wirtschaft kennen, um zu verstehen, warum Schweden seinerseits auf den Warenverkehr mit dem Reich großen Wert legt. Umgekehrt sind die schwedischen Lieferungen von unbestrittenem Wert für die deutsche Kriegswirtschaft. An erster Stelle stehen hierbei die schwedischen Eisenerze sowie Edelstähle und Kugellager. Im Jahre 1943 lieferte Schweden rund 10 Mill. t Eisenerz an Deutschland, was einem Eisengehalt von 6 Mill. t entspricht. Das ist eine im Vergleich zur eigenen deutschen Eisenerzförderung sehr hohe Leistung.

Die schwedische Ausfuhr von Kugellagern nach Deutschland



B041760

H4056 – 0030

wird von den Feindmächten besonders angegriffen. Schweden ist einer der größten Kugellagererzeuger der Welt. Eine größere Kugellagerproduktion als Schweden haben z. B. die USA., diese benötigen jedoch die hergestellten Kugellager selbst, während Schweden den größten Teil der Erzeugung für die Ausfuhr zur Verfügung stellen kann.

Schweden hatte schließlich früher Bedeutung als Lieferant von Bedarfsartikeln, die die deutschen Truppen in Norwegen und Finnland benötigten, wie z. B. Holzbaracken, Oefen, Polarzelte usw.

Wenn Schweden dem feindlichen Druck mit dem Ziel der Einschränkung oder Einstellung der Lieferungen an Deutschland bisher nicht entsprochen hat, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die deutschen Lieferungen für Schweden unentbehrlich sind und von keinem anderen Land übernommen werden können.

### Abschluß deutsch-schwedischer Handelsbesprechungen

Wie „Stockholms Tidningen" vom 9. August erfährt, wurden die Besprechungen, die seit dem 25. Juli in Stockholm zwischen Vertretern der schwedischen und der deutschen Regierung über den Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern geführt wurden, jetzt abgeschlossen. Die deutschen Delegierten sind bereits nach Deutschland zurückgekehrt. Es habe sich um die üblichen Vierteljahresbesprechungen gehandelt mit einem Ueberblick über die Entwicklung des Handelsverkehrs. Ein Communiqué seitens des schwedischen Außenministeriums wurde nicht herausgegeben, was von „Stockholms Tidningen" als ein Zeichen dafür gedeutet wird, daß die Einfuhr aus Deutschland programmäßig weitergehe.

## Aus dem Feindlager

# Empfänge beim Papst

Seit der Besetzung Roms durch den Feind ist eine lebhafte diplomatische Tätigkeit des Vatikans zu beobachten. Der Papst persönlich gab bekannten Militärs und Politikern Empfänge. So machten gleich in den ersten Tagen der USA.-General Mark Clark und der britische Oberkommandierende in Italien, General Alexander, dem Papst ihre Aufwartung; später auch der Luftmarschall Sir John Slessor, Generalleutnant Sir Bernhard Freyberg und der polnische Befehlshaber in Italien, General Anders. Am 30. Juni erhielt General de Gaulle Zutritt zum Papst.

Unter den politischen Besuchern im Monat Juni befinden sich Kron-



R041761

H4056 – 0031

prinz Umberto, Marschall Badoglio, der neuseeländische Premierminister Fraser und Randolph Churchill, der Sohn Winston Churchills, der aus dem Hauptquartier Titos kam und nach London reiste. Auffallend war der Besuch des ungarischen Gesandten Gabrial Apor am 27. Juni, da Apor kurz vorher der jetzigen ungarischen Regierung den Gehorsam aufgesagt hatte.

Große Bedeutung wurde in der Feindpresse dem Wiedererscheinen des USA.-Botschafters beim Vatikan, Myron Taylor, beigemessen, der seit dem 20. Juni wiederholt den Papst aufgesucht und am 6. Juli auch den amerikanischen Kriegsminister Stimson vorgestellt hatte. Am 10. Juli wurde Prinz Bernhard der Niederlande vom Papst empfangen. Als schließlich am 20. Juli Msgr. Francis Spellman, Erzbischof von New York, mit dem Flugzeug in Rom eintraf und drei Tage später in dreieinviertelstündiger Audienz beim Papst weilte, wurden an diesen Besuch von der internationalen Presse bestimmte Erwartungen geknüpft. Es wird vermutet, daß päpstliche Friedensbemühungen und das dringende Interesse des Papstes an einem Schutz der osteuropäischen Völker vor der Bolschewisierung erörtert wurden.

Der deutsche Botschafter von Weizsäcker und der japanische Gesandte Harada machten am 6. Juli lediglich dem Kardinalstaatssekretär Maglione ihre Aufwartung.

Anglo-amerikanischen Quellen zufolge ist ein Besuch Roosevelts und des englischen Königs beim Papst in Aussicht genommen. Auch der anglikanische Erzbischof von York, der die Unionsinteressen der anglikanischen Kirche mit der griechisch-orthodoxen Kirche vertritt, hat die Absicht geäußert, den Papst zu sprechen.

Aus der Sowjetunion wird der Pater Orlemansky zurückerwartet, dem Roosevelt die Gelegenheit einer Reise nach Moskau gab, wo er zwei Unterredungen mit Stalin hatte.

Der oberste katholische Würdenträger Englands, Msgre. Bernard Griffin, Erzbischof von Westminster, wurde ebenfalls vom Papst in Privataudienz empfangen.

## Sumner Welles zur Argentinien-Politik

Der ehemalige Unterstaatssekretär Sumner Welles greift in der „New York Herald Tribune" vom 8. August die Argentinien-Politik des Staatsdepartemens an. Diese sei nicht konstruktiv, sondern destruktiv. Ein offizieller Bruch mit Argentinien würde die wichtigsten Interessen der Vereinigten Staaten und anderer amerikanischer Republiken beeinträchtigen. In Wirklichkeit seien die ibero-amerikanischen Regierungen nicht konsultiert worden. Die Anzeichen mehrten sich, daß in ganz Ibero-Amerika Zweifel gegenüber



B 04962

H4056 – 0032

der Klugheit der USA.-Politik aufstiegen. Das Vertrauen der iberoamerikanischen Länder in die USA.-Regierung würde in dem Maße abnehmen, wie diese zu einer Politik des Zwanges greife. Welles schließt seine Ausführungen: Es bleibt nur eine konstruktive Lösung dieser immer gefährlicher werdenden Frage. Sie liegt in einem Treffen der amerikanischen Außenminister einschließlich des argentinischen, um die ernste Frage zu besprechen und eine zufriedenstellende Lösung zu suchen. Nur wenn ein solches Treffen ergeben sollte, daß Argentinien die Sicherheit der Hemisphäre bedroht und wenn die argentinische Regierung es ablehnen würde, ihre Haltung zu ändern, sollten alle amerikanischen Regierungen sich auf eine Sanktionsmaßnahme einigen, die gemeinsam durchgeführt werden könnte.

### Vorschlag zur Rücksiedlung amerikanischer Neger nach Afrika

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" vom 9. August stellte der Leiter der „America First-Bewegung", General K. Smith, die Forderung auf, daß rund eine Million Quadratmeilen Land von den englischen und französischen Kolonialbesitzungen in Afrika abgezweigt und als teilweise Bezahlung der Kriegsschulden den Amerikanern überlassen werden. Auf diesen abgetretenen Gebieten sollen dann Heimstätten für amerikanische Neger errichtet werden. Smith hat starken Einfluß auf den ilolationistischen Teil der Republikaner.

## Die USA und die Sowjetunion

Im Juni dieses Jahres erschien in den USA. eine Schrift des jüdischen Publizisten Walter Lippmann „Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten", die als Aufriß der nordamerikanischen Pläne und der Situation der nordamerikanischen Außenpolitik deshalb besonders beachtenswert ist, weil der Jude Lippmann als ein politischer Intimus Roosevelts angesprochen werden darf.

Lippmann unternimmt es darin, die Monroe-Doktrin als überlebt hinzustellen und den Isolationisten mit der Forderung nach einer amerikanischen Sicherheit entgegenzutreten, die sich auf die Beherrschung des Atlantik und des Pazifik einschließlich der europäischen und fernöstlichen Küstenrandgebiete stützt. Er versucht diese außenpolitische Konzeption mit der absurden These zu untermauern, Nord- und Südamerika seien Inseln in einem atlantisch-pazifischen Binnenmeer und ihre Sicherheit könne jederzeit einseitig von dem Angriffswillen der Völker bedroht werden, die an den Ufern dieses Binnenmeeres wohnten. Die USA. müßten daher England, Sowjetruß-



B041763

H4056 – 0033

land und China sozusagen als Organe der nordamerikanischen Außenpolitik zur Sicherung der Vereinigten Staaten betrachten. Es kommt dem Juden darauf an, den Rooseveltschen Imperialismus sowohl vor den Amerikanern als auch vor den derzeitigen Verbündeten hinter dieser Sicherheitsthese zu tarnen. Als Ziel dieses Krieges stellt er die Zerschlagung Deutschlands und Japans und die Bildung einer sogenannten „Atlantikgemeinschaft", bestehend aus den USA., England, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Frankreich, ferner die Bildung einer chinesischen Großmacht unter amerikanischem Patronat auf.

### Anglo-amerikanisch-sowjetische Allianz reines Zweckbündnis

Bedeutsamer indes als die Darstellung dieser Pläne sind die Ausführungen über das Verhältnis der USA. zu Sowjetrußland. Lippmann kennzeichnet die britisch-amerikanisch-sowjetische Allianz als ein reines Zweckbündnis und sagt, daß zwischen den drei Partnern ein „potentieller Antagonismus" bestünde. Nach seiner Auffassung befänden sich die Beziehungen der USA. zu Sowjetrußland gegenwärtig an einem entscheidenden Wendepunkt. Nach der endgültigen Niederwerfung Deutschlands und Japans werde Rußland nämlich „die größte Macht im Rücken der unentbehrlichen Freunde der Vereinigten Staaten" und der nächste Nachbar der USA. im Nordpazifik und im nördlichen Polargebiet werden. Das heißt: Sowjetrußland wird bereits jetzt als die „potentielle Bedrohung" der in diesem Kriege angeblich angestrebten amerikanischen „Sicherheit" angesehen.

Lippmann spricht das unzweideutig aus. Er erklärt, es erhebe sich nun die Frage, „ob die UdSSR. versuchen werde, ihre Macht westwärts nach Europa so weit auszudehnen, daß sie die Sicherheit der Atlantikstaaten, d. h. der Atlantikgemeinschaft bedrohen werde". Diese Frage werde von entscheidender Bedeutung sein.

Er erwartet von den Sowjets eine gütliche Uebereinkunft über die Anerkennung einer sogenannten „Grenzlandzone", die zwischen den Sowjets und der Atlantikgemeinschaft sozusagen die Funktion eines Isolierungsgürtels haben und aus Schweden, Finnland, Polen, Deutschland, den Donau- und Balkanländern und der Türkei bestehen soll. Es sei den Vereinigten Staaten und England nicht möglich, in diesen Gebieten durch Waffengewalt eine Regelung zu erzwingen und aufrechtzuerhalten. Das Interesse Amerikas an den inneren Vorgängen des europäischen Kontinents sei nur indirekt und werde nur in-



B 041764

sofern lebenswichtig betroffen, als die innereuropäischen Zustände sich auf die Beziehungen der USA. zu großen Weltmächten wie Sowjetrußland auswirkten.

Lippman vermag das Dilemma, in dem sich die amerikanische Außenpolitik mit einer solchen Konzeption gegenüber den Sowjets befindet, nicht zu verheimlichen. Er schreibt, daß die Angloamerikaner weder die Macht hätten, in Ost- und Mitteleuropa gegen die mögliche Nichtbeachtung ihrer Wünsche durch Sowjetrußland Wache zu stehen, noch die Macht, die mittel- und osteuropäischen Staaten gegebenenfalls gegen die Sowjets zu unterstützen.

Es gebe nur den Weg der Neutralisierung dieser Grenzlandstaaten, die allerdings den in ihnen lebendigen geschichtlichen Ueberlieferungen widerspreche und daher keine leichte Lösung sei. Nach seiner Auffassung hänge der künftige alliierte Weltfrieden davon ab, ob die Grenzlandstaaten sich neutralisieren wollten und ob die Sowjetunion dies respektieren und unterstützen werde. Den Interessen der USA. wäre durch eine solche Lösung am besten gedient, denn sie würde Amerika und die übrigen Mitglieder der Atlantikgemeinschaft nicht in Gegensatz zur UdSSR. bringen. Sie sei im übrigen die einzige Form von Sicherheit, die Washington den mittel- und osteuropäischen Völkern zu bieten vermöge.

Im Fernen Osten werde das künftige Verhältnis Amerikas zu Rußland durch China bestimmt, das nach Lippmanns Auslassungen die Rolle eines Balanciergewichtes der US.-amerikanischen Politik in Ostasien spielen soll.

## Die Schattenseiten der Allianz

Die anglo-amerikanisch-sowjetrussische Allianz habe ihre Schattenseiten, bemerkt der bekannte englische Publizist Hannen Swaffer im „John Bull" vom 7. August. Diese Schattenseiten seien auf dem gesamten diplomatischen Gebiet festzustellen. Hier sei die Zwietracht so groß, daß ein militärisch-alliierter Endsieg womöglich in einem katastrophalen Frieden münde. Vor allem stehe die Sache weitaus schlechter als etwa im Sommer 1918. Nicht einmal zwei der Hauptalliierten vermöchten sich freundschaftlich in die Augen zu sehen, mit der einen Ausnahme — bemerkt Swaffer ironisch —, daß Churchill mit Roosevelt aus irgendwelchen mysteriösen Gründen gemeinsam de Gaulle nicht leiden könnten. Trotz Teheran und Kairo und all dem Konferenzplunder habe Moskau wenig mit Washington und Whitehall gemein. Instinktiv unterstütze der Kreml so überall



H4056 – 0034

B 04763

H4056 – 0035

in der Welt die kommunistischen Tendenzen, London und Washington aber die reaktionären Kreise. Daneben glaube er, Swaffer, wenn die Alliierten einmal siegten, würden „explosive Kräfte" in all den Ländern in Erscheinung treten, die die Deutschen im Laufe dieses Krieges besetzten.

Wie verstünden sich Engländer und Amerikaner, fragt Swaffer weiter. Da das gegenwärtige Jahr in den USA. das Jahr der Präsidentenwahlen sei, brauchten die Gegner Roosevelts jedes verfügbare Mittel, um ihm eine Niederlage zu bereiten. Eine dieser Waffen sei die Tatsache, daß Roosevelt es war, der die Vereinigten Staaten in das gegenwärtige europäische Durcheinander verwickelte. Schlimmer noch: alle amerikanischen Zeitungen übertrieben jetzt die Rolle, die die USA.-Streitkräfte bei der Invasion Europas und im Kriege gegen Japan spielten. Der Durchschnittsamerikaner, der allmorgendlich die Schlagzeilen lese, habe unweigerlich den Eindruck, daß die USA. allein den Krieg auf alliierter Seite führten. Dadurch werde der Gedanke, daß Roosevelt sein Land in den Krieg brachte, täglich neu unterstrichen.

# Die Bolschewisten und die Kriegsgefangenenfrage

Die Bemühungen der Deutschen Reichsregierung, verschiedener neutraler Staaten und der Hilfsgesellschaften, auf der Grundlage der völkerrechtlichen Bestimmungen zu einem Nachrichtenaustausch über Namen und Lage der in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten mit der Sowjetunion zu gelangen, sind an der Einstellung der Sowjets gescheitert.

Die UdSSR. hat auf Schritte der bulgarischen Regierung erklärt, daß sie Auskunft über die in ihre Hand geratenen deutschen Kriegsgefangenen verweigere und derartige Anfragen in Zukunft unbeantwortet lassen werde. Bemühungen türkischer Stellen um die Vermittlung von Auskünften dieser Art sind ebenfalls erfolglos geblieben.

Auf eine kürzlich durch Beauftragte Schwedens bei der Sowjetvertretung in London erfolgte Intervention, bei der insbesondere auf eventuelle Gegenleistungen Deutschlands hingewiesen wurde, haben die Sowjets geantwortet, sie seien an dem Schicksal der in deutsche Hand geratenen Rotarmisten nicht interessiert, da diese Sowjetsoldaten entgegen ihrem Eide nicht bis zum letzten Blutstropfen gekämpft hätten und daher nach ihrer Rückkehr in die UdSSR. als Deserteure erschossen würden. Aus diesem Grunde sei Moskau an einer Auskunfts-



B. 041766

erteilung über Kriegsgefangene auf der Gegenseitigkeitsgrundlage nicht interessiert.

Die Deutsche Reichsregierung hat schon kurz nach Kriegsbeginn den Besuch der Gefangenenlager durch neutrale Vertreter gestattet und versuchsweise eine Namensliste sowjetischer Kriegsgefangener durch das Internationale Rote Kreuz der Sowjetregierung zustellen lassen. Damals weigerte sich die Mehrzahl der sowjetischen Gefangenen, die für diesen Zweck erforderlichen Angaben zu machen, da sie Repressalien der Sowjets gegen ihre Angehörigen in der Heimat befürchteten.

Diese Auffassung ist durch die inzwischen erfolgte und oben erwähnte Stellungnahme Moskaus gerechtfertigt worden.

Die von den Sowjets vereinzelt auf verschiedenen Kanälen lancierten Nachrichten deutscher Soldaten aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft sind nach eingehenden Ermittlungen der zuständigen Wehrmachtdienststellen als agitatorische Erpressungen oder Fälschungen zur Beunruhigung der Angehörigen in der UdSSR. vermißter Soldaten anzusprechen. Die laufenden Namensdurchsagen angeblicher deutscher Kriegsgefangener über den sowjetischen Rundfunk sind überprüft und einwandfrei als Falschmeldungen festgestellt worden.

Nach nunmehr drei Jahren Krieg mit der Sowjetunion ist in keinem einzigen Falle der Empfang eines aus Deutschland abgegangenen Briefes von einem deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR. bestätigt worden, wodurch ebenfalls die Tatsache unterstrichen wird, daß die Sowjets Kriegsgefangenenpost nicht aus Gründen der Menschlichkeit zulassen, sondern nur zu durchsichtigen agitatorischen Zwecken mißbrauchen.

# Die Lebensmittellage in England

Bei der Größe des englischen Weltreiches mit seinen riesigen Hilfsquellen und der Ueberproduktion der verbündeten USA. müßte eigentlich die Ernährung der britischen Inseln gesichert sein. Die englische Propaganda bemüht sich auch, nach außen der Welt dieses Bild vorzuspiegeln. Der knappe Schiffsraum, der zwar durch die vorübergehende Einschränkung des U-Bootkrieges größer geworden ist, wird so stark für die Invasion beansprucht, daß er bei weitem nicht ausreicht, um die notwendigen Lebensmittel für die englische Bevölkerung im Mutterland heranzuführen. Daher ist die Lebensmittellage in England wesentlich angespannter, als die offizielle Darstellung das erkennen läßt. Es herrscht in England eine strenge Lebensmittelrationierung, die zu immer neuen Klagen der englischen Oeffentlichkeit führt.

Auch aus Aeußerungen in der englischen Presse geht hervor, daß die Versorgung der Bevölkerung keineswegs reibungslos verläuft und oft zu Klagen Anlaß gibt. Danach



H4056 – 0036

B 041764

H4056 – 0037

fehlen am dringendsten Fette, Fleisch, Zucker und Gemüse. Die englische Regierung ist bemüht, diese Mängel durch Verträge über Riesenankäufe von Fleisch, hauptsächlich in Kanada und Australien, auszugleichen. Diese Lieferungen können sich jedoch erst auf weite Sicht auswirken und unterliegen beständig einem wachsenden Mangel an Schiffsraum, der in immer größerem Umfang zum Kriegsmaterial-Transport herangezogen werden muß. Auch die Gefahren, denen im Kriege Schiffsfrachten über weite Entfernungen im allgemeinen ausgesetzt sind, beeinträchtigen die Regelmäßigkeit und das Ausmaß der Versorgung. Bezeichnend für die Unsicherheit in der Belieferung verschiedener Nahrungsmittel, die England auch heute noch im wesentlichen aus Uebersee einführen muß, ist die Tatsache, daß z. B. im April und Mai dieses Jahres eine Butterverteilung aus Mangel an entsprechenden Vorräten nicht stattfinden konnte. Die 2 Unzen Butter (1 Unze = 28,35 g) je Kopf der Bevölkerung wurden durch die gleiche Menge Kochfett ersetzt, das auch in England einer strengen Rationierung unterworfen ist. Je Person gibt es wöchentlich eine Fettration von 8 Unzen (228,80 g), in denen 4 Unzen (113,40 g) Schmalz enthalten sind. Die Wochenration an Fleisch beträgt ca. 300 g, hinzukommen 170 g Speck (in der am 23. Juli 1944 beginnenden Kartenperiode wurde die Speckration von 130 g auf 170 g erhöht).

**Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen gibt es nicht**

Die wöchentliche Käseration beträgt 84 g, die Wochenzuckerration 226 g (zur Zeit des Obsteinmachens wird einmalig 1 kg Zucker zusätzlich ausgeteilt). Die Wochenration für Marmelade beträgt durchschnittlich 113 g, Nährmittel werden im Rahmen eines Punktsystems zugeteilt, Eier je nach der Jahreszeit — durchschnittlich im Monat ein bis zwei Stück. Wöchentlich gibt es 56 g Tee (d. i. die Hälfte des Friedensverbrauches). Unsere Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen kennt man im allgemeinen in England nicht. (Englische Schwerarbeiter erhalten nur eine Käse-Sonderration. Darüber hinaus gibt es nur bei besonderen Anlässen, z. B. bei gefahrvollen Aufräumungsarbeiten im Wirkungsbereich der V 1 besondere Zuteilungen.)

Das Brot ist offiziell nicht rationiert, trotzdem aber nicht unbeschränkt erhältlich. Nach der am 12. Januar 1943 in Kraft getretenen Brotverordnung darf Brot nur dreimal in der Woche verkauft werden. Es werden zwar nicht die Einzelverbraucher, wohl aber die Bäcker durch Zuteilung bestimmter Mehlkontingente rationiert. An die Stelle des Brotkartensystems trat das der Kundenliste, in die sich jeder Verbraucher eintragen muß, um seinen Konsum kontrollieren zu können. Der Verbrauch an Fisch in England leidet darunter, daß 74 Prozent der Fischereiflotte für militärische Zwecke beschlagnahmt wurden, während der Rest



B.041768

durch Minenfelder u. a. behindert wird. Der Verbrauch an Obst und Südfrüchten ist etwa auf ein Fünftel der Vorkriegszeit gesunken. Frischgemüse ist knapp und teuer.

Die letzten Angaben über die Ernteaussichten in England, wie sie in einer Rede des Landwirtschaftsminister Hudson dargelegt wurden, zeigen, daß in einigen Teilen des Landes die Entwicklung der Feld- und Gartenfrüchte durch den außerordentlich trockenen Winter und Frühling gelitten hat. Von überall kommen Berichte über den Mangel an Gras, Heu und den geradezu enttäuschenden Stand des Rübenanbaus. Infolge dieses Rückganges an Futtermitteln wird Frischmilch, die als das dringlichste Nahrungsmitttel bezeichnet wird, endgültig eine Mangelware sein.

So wurde die Milchration schon Anfang Juni 1944 um 24 Prozent gekürzt. Auch Berichte über die Kartoffeln lassen einen Rückgang gegenüber der Gesamtmenge des Vorjahres erwarten.

Eine nicht unwesentliche Schmälerung der Lebensmittelbelieferung der englischen Bevölkerung brachte die Besetzung der Insel durch die USA.-Truppen mit sich, die neben den mitgeführten Dauer-Lebensmitteln noch mit Frischmilch, Frischgemüse, aber auch Kaffee und anderen Reserven aus englischen Speichern versorgt werden müssen.

**Auch Beschießung durch V 1 wirkt sich aus**

Die Beschießung Südenglands durch die V 1 hat nach Angaben des britischen Ernährungsministers bisher nur unerhebliche Verluste an Lebensmitteln zur Folge gehabt. Jedoch müssen den Rettungsmannschaften und Aufräumungstrupps, die in London und anderen Orten zur Beseitigung der Bombenschäden schwere Arbeit zu leisten haben, Sonderrationen zugeteilt werden. Der Ernährungsminister brachte den ausbombardierten Hausfrauen des Südwestens insofern etwas Tröstliches, als er ankündigte, daß Haushalte, die einen beträchtlichen Lebensmittelvorratsverlust erlitten haben, besonders beachtet würden. Jedes Rationenbuch im Haushalt würde zusätzlich 15 Punkte bekommen — für zwei Wochen ein halbes Pfund Zucker und ein Pfund Eingemachtes, wie Konfitüre oder Marmelade.

Abschließend ist noch einmal festzustellen, daß England einer strengen Lebensmittelrationierung unterworfen ist, über die in der englischen Oeffentlichkeit des öfteren heftig geklagt wird, die aber im allgemeinen von der Bevölkerung als Beitrag zum Kriege willig hingenommen wird. Die englische Propaganda hat es verstanden, die Welt in den Glauben zu versetzen, England sei das einzige kriegführende Land in Europa, in dem, wenn auch in bescheidenerem Maße als früher, noch Milch und Honig fließe. So waren französische Bauern in dem von Briten besetzten Teil der Normandie höchst erstaunt, als ihnen britische Soldaten erzählten, wie streng die Lebensmittel in Eng-



H4056 – 0038

B041769

H4056 – 0039

land rationiert seien. Die Briten hingegen waren überrascht, als sie die gefüllten Speisekammern der französischen Bauern sahen.

## London will gefangene Russen ausliefern

„Daily Expreß" berichtet in der Ausgabe vom 10. August, die britische Regierung habe in Moskau um die russische Stellungnahme bezüglich der 2000 Russen nachgesucht, die bei den Kämpfen in Frankreich gefangengenommen wurden. Diese Russen waren entweder bei der Organisation Todt tätig oder kämpften aktiv gegen die Alliierten. Sie würden von den Engländern und Amerikanern als Kriegsgefangene betrachtet, werden jedoch getrennt interniert. London und Washington machten ihre Stellungnahme abhängig von Stalin, der wohl die meisten als Verräter betrachten wird. Es sei unwahrscheinlich, schreibt das Blatt, daß die Russen in englischen und amerikanischen Händen verbleiben werden. Sie würden vermutlich als Zwangsarbeiter nach Rußland kommen oder als Kriegsverbrecher abgeurteilt werden. Etliche von ihnen dürften auch begnadigt werden.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Hertel, Berlin C/0974

B 041740

D908

3/10

H-4056

Filed July 30, 1946

G. B. EXHIBIT

No 534

B041732

37

H4056 – 0040

256

18 photostats

G. B. EXHIBIT 534

H4056 – 0041